

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/66

Hannover, 19. August 1947
Telefon: 20951/52

Kulissenblick auf Recklinghausen Ein Nachwort zum Parteitag der ODU

"Diese Männer eint nichts als eine Organisation, in die sie zweckmäßigerweise eingetreten sind", war die enttäuschte Feststellung eines Beobachters aus den eigenen Reihen der ODU während deren Landesparteitag in Recklinghausen. Sie trifft den Nagel auf den Kopf, wenn man die Situation dieser Partei einmal nicht vom Parkett aus (das übrigens in dem Recklinghausener Parteitagsaal nur zur Hälfte besetzt war), sondern aus der Kulissenperspektive betrachtet.

Man gab in gewissen ODU-Kreisen auch ohne weiteres die Fadsenscheinigkeit der Erklärung Adenauers zu, man habe auf einen "Reichsparteitag" bisher verzichtet, weil solche Veranstaltungen noch nicht gestattet seien, zumal ja die SPD schon zwei solcher Parteitage über die Zonengrenzen hinweg und für alle Bereiche, in denen sie ungehindert arbeiten kann, abgehalten hat. Der wahre Grund für die christlich-demokratische Enthaltensamkeit in dieser Hinsicht liegt einfach in der Tatsache, daß man die ohnehin bei jeder Gelegenheit spürbaren Differenzen innerhalb der Partei nicht noch deutlicher machen will, was sicher geschähe, wenn etwa die Ostzone das ganze Gewicht ihrer Stimmvertretung in die Waagschale werfen könnte. Das würde dann ohne jeden Zweifel in der Richtung einer stark sozialistisch eingefärbten Politik geschehen und es ist selbstverständlich, daß Adenauer und sein Kreis solcher Möglichkeit mit all dem zähen Geschick entgegenarbeiten, das ihnen eigen ist. Die Richtung Adenauer beherrschte in Recklinghausen das Feld, Jakob Kaiser war ein Kämpfer mit nur schwacher Mannschaft. Aber Zweifel und Widerstände gegen deren Kurs und die selbtherrliche Art Adenauers, ihn zu steuern, konnte man überall feststellen. Auch der atmosphärische Gegensatz Adenauers zu einem anderen führenden Mann der rheinischen ODU, zum Ministerpräsidenten Arnold, trat diesmal wieder mit oft peinlicher Deutlichkeit zutage. Offenbar ist sich Adenauer, unbeschadet der Zustimmung, die seine Person und seine Politik in Recklinghausen gefunden haben, der Gefährlichkeit der gegen ihn gerichteten Strömungen bewußt. Deshalb war sein Hauptreferat konventionell unvorbindlich, stellenweise geradezu versöhnlich. Ein wirkliches Echo fand er erst mit dem außenpolitischen Teil seiner Rede, wenn auch hier die nationalistisch scharf pointierten und in einem aufreizenden Ton vorgetragenen Ausführungen des Hamburger Rechtsanwaltes Dr. Bucerius, eines Mitherausgebers der Wochenschrift "Die Zeit",

noch viel stärkeren Beifall fanden - ein recht aufschlußreiches, wenn auch nicht Überraschendes Merkmal des Geistes, der in den heute tonangebenden Kreisen der CDU herrscht.

Interessant war das Auftreten Jakob Kaisers, der, kluger Taktiker auch er, sich zunächst das Vertrauen und das Ohr der eindeutig zusammengesetzten Parteileitung durch heftige Attacken gegen den Marxismus und auch gegen die SPD zu verschaffen wußte, sich dann aber mit überraschender Plötzlichkeit gegen die Politik der CDU in den Westzonen wandte. Es sei die unausweichbare Aufgabe dieses Jahrhunderts, so sagte er u.a., daß der Sozialismus sich durchsetze und daß das kapitalistische System endgültig beseitigt werden müsse. Er müsse etwas, es müsse viel, es müsse alles getan werden, um den Sozialismus zu verwirklichen und zwar jetzt und nicht irgendwann. Das sei keine Doktrin, sondern eine Aufgabe der wirtschaftlichen Vernunft. Wer das nicht sehe, oder sehen wolle, der gehe an der für Deutschlands Zukunft wichtigsten Aufgabe vorbei. Die CDU müsse die Zukunft bejahen. Die Massen kehrten sich ab vom Marxismus, aber sie kehrten sich hin zum Sozialismus. Auch in der SPD werde eine neue Linie gesucht und man sei blind, wenn man das mit höhnischen Bemerkungen begleite. Das sei eine ernste Angelegenheit und er wünsche, daß auch in der CDU so ernst um die Einstellung zum neuen Deutschland gerungen werde.

Die Gegensätze, die mit solchen Ansichten zu den Auffassungen des Kreises um Adenauer offenbar werden, braucht man kaum näher zu interpretieren. Nimmt man hinzu, daß der Meinungskampf innerhalb der Berliner CDU ein weiteres besonders schwieriges Kapitel ist (man spricht bereits davon, daß Ernst Lemmer sich immer vorbehaltloser östlich orientiert, um möglicherweise die Nachfolge Kaisers antreten zu können) und denkt man schließlich an die neusten Kapitel des bayrischen CSU-Romans mit den Überschriften 'Baumgarten contra Müller' und 'Hundhammer - Zwischenspiel in Kulmbach', dann wird der Unionscharakter dieser wahrhaft christlichen Demokraten besonders sinnfällig.

- u

Fernsteuerung

K.W. Die Diskussion unter Deutschen und noch mehr die Polemik gegeneinander leidet in zunehmendem Maße darunter, daß sie unter Gesetzen der alliierten Bestimmungen vor sich zu gehen hat. Die Bestimmungen an sich sind dabei keineswegs die Ursache oder der Grund, sondern vielmehr die unklaren politischen Bindungen, die verschiedene politische Gruppen der Deutschen eingegangen sind. Begonnen hat diese Verwirrung in dem Augenblick, indem die KPD den Anspruch erhob, als rein deutsche Partei, aus eigener Initiative und eigenem Urteil handelnd, gesehen und beurteilt zu werden. Es warler Versuch, die Tradition des Kommunismus als einer Sektion der von Moskau gelenkten Internationale mit Beginn des Jahres 1945 nach außen hin vergessen zu machen oder gar abzuleugnen. Wenn in den Zeiten vor 1933 die Aktionsweise des Kommunismus immer eindeutig als Ausfluß bestimmter taktischer und strategischer Anweisungen dargelegt werden konnte, wurde dies nach 1945 schwierig, denn da war die Sowjetunion als Besatzungsmacht nach Deutschland eingerückt und wurde, ebenso wie Amerika, England und Frankreich,

ein Souveränitätsfaktor, gesichert durch Gesetze und Befehle. Dazu war die Sowjetunion auch gleichzeitig die staatliche Repräsentantin der kommunistischen Ziele; das machte die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auf dem deutschen Raum sehr kompliziert. Denn was auch immer die KPD und in der Ostzone die SED tat, äußerte und plante; mehr und mehr gerieten die Kritiker dieser Politik in den Verdacht einer antisowjetischen Haltung und damit einer gegen die Alliierten gerichteten Politik. Zu welchen Komplikationen diese Lage geführt hat, haben in wachsendem Maße die Schwierigkeiten in Berlin gezeigt.

Die Polemik, die nicht offenkundig eine Partei der Abhängigkeit von Empfehlungen einer Besatzungsmacht zeihen konnte, begann sich allmählich wieder getarnter oder kaschierter Begriffe zu bedienen. Die merkwürdig starre Haltung der Ostzonenminister auf der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz war es zum Beispiel, die die Formel der "ferngesteuerten" Minister finden ließ. Die große Erregung, die diese Formel im Lager der östlichen KPD auslöste, ist noch ein Beweis dafür, daß hier offenkundig mehr als spontane Übereinstimmungen vorgelegen haben. Die KPD und ihre Zeitungen haben diesen Sprachkrieg erwidert und benutzen nun jede Gelegenheit, eine deutsche politische Stellungnahme, die etwa dem Marshall-Plan Beifall zollt, eine "ferngesteuerte" Meinung zu nennen.

Nun wird an diesem Begriff besonders offenkundig, wie anders er wirkt, wenn die ihn anwenden, auf die er zutrifft. Selbstverständlich soll er, wenn er von der östlichen KPD kommt, die "Abhängigkeit" der SED etwa von den Westmächten bedeuten. Doch hier eben steckt der große Unterschied, der so viele an die falsche Adresse gerichteten öffentlichen Debatten erklärt. Es gibt in Deutschland keine andere Partei, die auch nur ähnlich mit einer Besatzungsmacht zu identifizieren wäre oder sich identifiziert hätte wie die KPD oder SED. Polemiken, die innerhalb der Parteien gegeneinander gerichtet werden, haben die westlichen Besatzungsmächte noch niemals als gegen sich gerichtet empfunden. Um wieviel weniger ist also zu erwarten, daß ein politisches Urteil eines Politikers dieser Parteien, und vor allem natürlich der SED, ein "ferngesteuertes" Urteil oder eine "ferngesteuerte" Propaganda wären. Die politische Taktik der Kommunisten dagegen bringt es ja geradezu zuwege, daß ihre Aktionen als "ferngesteuert" empfunden werden müssen, selbst, wenn sie es nachweislich nicht sind. Ihre Anlehnung geht schon so weit, daß selbst in außerordentlich vitalen Fragen des deutschen Volkes erst immer der Standpunkt ihrer Besatzungsmacht abgewartet wird. Gerade die Sozialisten betreiben die internationale und europäische Verbindung unter den Völkern mit ganzer Leidenschaft, aber sie suchen in selbstverständlicher Selbstbescheidung nach den politischen, wirtschaftlichen und sozialistischen Lösungen im deutschen Rahmen. Gerade in den Verstrickungen der heutigen Weltpolitik ist es eine verhängnisvolle Verlogenheit, eine "Fernsteuerung" zum Grundgehalt der deutschen Politik zu machen. Die deutsche Politik verlangt heute außerordentliche Realitäten. Sie anzusprechen und für sie die Hilfe der Welt zu erheischen, ist unser erstes und zweites und drittes Anliegen. Alle andere Politik der gefährlichen Propaganda ist Politik gegen den Aufbau Europas und der in ihm tätigen Menschen.

Nach einmal: Kollektivschuld

Von Dr. Georg Diederichs

Präsident der deutschen Friedensgesellschaft zu sein, ist sicher eine nicht leicht zu nehmende verantwortungsvolle Aufgabe, und an solcher Stelle steht man zweifellos im Brennpunkt des Weltinteresses. Daher muß in solch exponierter Position jedes Wort wohl abgewogen und eindeutig sein und geeignet, dem Ziel - Frieden - zu dienen. Umso bedauerlicher ist es, wenn in der "Weltbühne", Heft 8, eben dieser Friedensgesellschaftspräsident in einem Aufsatz "Kollektivschuld" Formulierungen findet, die als vollkommen verfehlt bezeichnet werden müssen und dem Friedensziel geradezu entgegengesetzt sind.

"Das deutsche Volk verbüßt heute nach schweren Verbrechen aller Art seine wohlverdiente Zuchthausstrafe. Im Sinne meines Freundes Kleist will ich zunächst prüfen, ob das deutsche Volk zu den erblich belasteten Verbrechern gehört, oder ob das Verbrechertum ganz spontan in ihm entwickelt worden ist".

Es zeugt von psychologischer und soziologischer Schimmerlosigkeit, wenn ein Mann wie Herr Schoenaich im Zusammenhang mit den von keinem Menschen, auch keinem deutschen bestrittenen und verabscheuten Verbrechen der Drahtzieher des Dritten Reiches vom "Deutschen Volk" als Verbrechern spricht, die jetzt eine wohlverdiente Zuchthausstrafe verbüßen. Solche Verallgemeinerungen, auf ein ganzes Volk angewandt, müssen die Gewichte im Spiel der Weltpolitik derart verschieben, daß eine klare Erkenntnis der Vorbedingungen eines dauerhaften Friedens unmöglich wird. Das "Deutsche Volk" muß es sich verbitten - gerade im Interesse eines werdenden und erstrebten einigen Europas - von irgend jemanden als "Verbrecher" tituliert zu werden. Und wenn dann noch verlangt wird, solche Schuld als "ererbte" kollektiv einzusehen und anzuerkennen, dann gleicht das einem Geständnis in einem Hexenprozeß nach Anwendung von Dammenschrauben und ähnlichen "objektiven" Methoden. Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes lehnt eine Schuld oder Mitschuld an den Verbrechen des Tausendjährigen Reiches mit Recht ab, ohne etwa einer Amnestierung der wirklich überführten Verbrecher das Wort reden zu wollen. Eine Belastung der deutschen Allgemeinheit mit Kollektivschuld ist genau so ungerecht wie etwa ein glatter Preispruch aller nachweislichen Verantwortlichen des Hitlerstaates. Und Ungerechtigkeit ist keine Friedensbasis.

Wir alle haben, daran ist kein Zweifel, den Krieg verloren und wir alle müssen bei möglichst gerechter Verteilung auf alle Schultern, von der wir noch recht weit entfernt sind, die Lasten tragen. Darüber hinaus sind wir aus der grauenvollen Erkenntnis der 12 Jahre sittlich und moralisch verpflichtet, dem deutschen Volke und vor allem seiner Jugend eine Erziehung im humanitären Weltfriedenssinne zu geben. Die Anerkennung der Kollektivschuld aber wäre gleichbedeutend mit dem Bekenntnis zur Erbsünde. Eines wie das andere ist indiskutabel. Die Bereitschaft zur aufopfernden Hilfe beim Wiederaufbau Europas, das rückhaltlose Eingeständnis, daß Angehörige des deutschen Volkes, Böldlinge des Nazisystems, anderen europäischen und außereuropäischen Völkern - und auch dem eigenen - Not und Grauen auferlegten, müssen Selbstverständlichkeit sein, bleiben oder werden. Das setzt aber nicht voraus, daß sich das Gesamtvolk als kollektivschuldig bekennet, sondern gerade das Gegenteil.

Nur wenn der anständig gebliebene Teil des Volkes sich von dem verbrecherischen trennt und seine Methoden klar verurteilt, kann in positiver Erziehung zum europäischen Kulturkreis und Friedensgedanken, der allein auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu gedeihen vermag, die Völkergemeinschaft entstehen. Wir dürfen also das Vorurteil einer deutschen Gesamtschuld und einer verdienten Zuchthausstrafe nicht anerkennen, weil es unrichtig, ungerecht und der kommenden Völkergemeinschaft abtrügglich ist. Frieden, der nicht die Hypothek eines Diktates trägt, gibt es nur unter Gleichberechtigten. Die Friedensgesellschaft sollte daher Gleichberechtigung fördern und nicht ein Volk, das guten Willens ist, die Schuld einer Clique wiedergutzumachen, in tote verbelasten.

Warschauer Diplomatie

Von unserem Korrespondenten in Polen

Warschau, Ende Juli 1947

Schon in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen war die polnische Hauptstadt einer der Brennpunkte der europäischen Diplomatie. Hier rangen damals französische, russische und deutsche Bündnis- und Faktbestrebungen gegeneinander. Hier suchten die angelsächsischen Mächte jene Abwehrpolitik gegen deutsche und russische Expansion zu befestigen, die schließlich zum britisch-polnischen Beistandspakt von 1939 und zur Kriegserklärung Londons an Berlin führte. In dieser katholischen Hauptstadt wirkte als Nuntius Monsignore Fatti, der spätere Papst Pius XI., und von hier spannen sich auch später so manche Fäden an, die zur Rekatholisierung ganz Osteuropas führen sollten. Von anderen namhaften Warschauer Missionschefs jener Zeit seien General Weygand, der spätere französische Oberbefehlshaber, Viscount d'Abernon, der dann zum Schöpfer des Locarno-Systems wurde, der deutsche Sozialdemokrat Ulrich Hauser und der deutsche Konservative Hans Adolf von Moltke genannt, die beiden letzteren vergeblich den Gefahren entgegenarbeitend, die aus der Berliner Forderung nach Revision der deutsch-polnischen Grenze entstehen mußten. Der Warschauer Sowjet-Gesandte Wojkow wurde 1927 von russischen Emigranten ermordet, die schon damals den Kriegsausbruch herbeizuführen hofften.

Auch nach dem zweiten Weltkriege ist Warschau für die fremden Diplomaten kein stiller Beobachtungsplatz, sondern ein Zentrum dramatischer Ereignisse der großen Politik, in die sie selbst oft genug hineingezogen werden. Der Sowjetbotschafter Lojadjew ist nicht nur formell Doyen des Diplomatischen Corps, sondern auch sachlich zweifellos der einflußreichste auswärtige Berater des heutigen polnischen Regimes. Man sieht die massige Gestalt dieses Mannes, der schon vorher in Jugoslawien die starke Stütze für den Aufstieg Titos war, bei öffentlichen Empfängen fast immer von einer Anzahl polnischer Würdenträger umgeben, den Zeigefinger oft belehrend erhoben. Durch seine scharfen Brillengläser schießen aufmerksame Blicke nach links und nach rechts, während er im bestimmten Tone auf die ihm gestellten Fragen antwortet. Für Presse und breiteres Publikum ist der Sandbote Stalins schwer zugänglich, und umso dichter umschwirren die Gerüchte seine jeweiligen Funktionen.

Als Gegenspieler Lebedjews versuchte sich in der ersten Nachkriegszeit der damalige britische Botschafter Victor Cavendish-Bentinck, der enge Fühlung mit der Opposition im Lande hielt. Er hat inzwischen nicht nur seinen Warschauer Posten, sondern auch den diplomatischen Dienst vorzeitig verlassen und ist hier durch einen vorsichtigeren alten Berufsdiplomaten, Sir Donald St. Clair Gainer ersetzt worden. Auch der folgende erste Nachkriegsbotschafter der Vereinigten Staaten, Arthur Bliss Lane, ist inzwischen ganz aus dem diplomatischen Dienst seines Landes ausgeschieden. An seine Stelle trat in Warschau der gescheite frühere Filmindustrielle Stanton Griffis, der seine Wirksamkeit recht geschickt mit großzügiger persönlicher Wohltätigkeit, einer politischen Solidarisierung mit den polnischen Grenzforderungen gegen Deutschland und einer gleichzeitigen wirksamen Kritik des polnischen Fortbleibens von den Beratungen über den Marshall-Plan begann.

Von den anderen Warschauer Botschaftern ist der auf polnischer Seite zweifellos beliebteste und gleichzeitig von seinen Kollegen wegen guter Information meist bewunderte der Tschechoslowake Josef Mojzes, der vor dem Kriege als Zeitungskorrespondent in Polen tätig war und dann zu den nächsten Mitarbeitern von Präsident Benesch in der Londoner Emigration gehörte. Die inzwischen erfolgte polnisch-tschechoslowakische Aussöhnung ist zum guten Teil das Werk seines persönlichen Geschickes. Von den Vertretern der Neutralen des Weltkrieges hat sich der Schweizer Gesandte Dr. Anton Roy Ganz, ein sozialdemokratischer Jurist, durch Beherrschung der Landessprache und positives Interesse für die sozialistischen Experimente der polnischen Wirtschaftspolitik vielseitige Verbindungen verschafft. Außerordentlich rasch haben sich auch die Vertreter einiger Länder, die im Kriege auf der Gegenseite mitfechten mußten, wie Finnland, Ungarn und Österreich gute persönliche Positionen errungen.

In der ersten Nachkriegszeit waren fast alle Warschauer ausländischen Missionen in einem einzigen Hotel "Polonia" zusammengedrängt. Jetzt haben Russen und Franzosen, Engländer und Amerikaner, Schweden, Schweizer und Tschechen bereits wieder ihre eigenen wohnlichen Gebäude. Das gesellschaftliche Leben spielt sich aber immer noch zum großen Teil im "Polonia" und einigen wenigen öffentlichen Lokalen in der Nähe dieses Hauses ab. Dadurch liegt das Leben der fremden Diplomaten hier wie unter einem hellen Scheinwerfer, in dessen Licht es für die einheimische Bevölkerung eine Art von magischem Glanz erhält.

Saargebiet-Wahlen

M. Saarbrücken, August (Eigenbericht)

Der erweiterte Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei des Saargebietes faßte den einstimmigen Beschluß, die Militärregierung zu ersuchen, allen Einwohnern des Saargebietes, die sechs Monate vor dem Wahltermin ihren festen Wohnsitz im Saargebiet hatten, das Wahlrecht zu erteilen - natürlich mit Ausnahme der nationalsozialistischen Aktivisten.

Dieser Beschluß widerlegt die verschiedenen, von den offiziellen Pressebüros lancierten Meldungen, wonach im Saargebiet alle Parteien - außer der KP - das von der Militärregierung vorgelegte Wahlstatut gebilligt hätten.

Verantwortlich: Peter Raunau